



Neun Modellkommunen aus allen Teilen der Bundesrepublik – von der Millionenstadt bis zur 4000-Einwohner-Gemeinde – arbeiten zwei Jahre zusammen, um die Praktikabilität und Effektivität von Open Government auf kommunaler Ebene aufzuzeigen.

Ein Projekt des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sowie der kommunalen Spitzenverbände.

## Open Government als Konzept

---

Open Government als Konzept zielt darauf, die Arbeit von Politik, Regierung, Verwaltung und Justiz offener, transparenter, partizipativer und kooperativer zu gestalten. Diesem Ansatz liegt die Annahme zugrunde, dass politische und administrative Aufgaben besser gelöst werden können, wenn die Anforderungen und die Potenziale der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Organisationen systematisch in die Ausgestaltung einbezogen werden.

## Kommunales Open Government: Eine Definition

---

Ein erstes Ergebnis der Arbeit der Modellkommunen sind Begriffsklärungen. Wie soll Open Government aus der spezifischen Sicht der Gemeinden, Städte und Kreise unseres Landes verstanden werden? Ergebnis ist unter anderem diese Definition:

*Kommunales Open Government* ist die bewusste und systematische Öffnung von Lokalpolitik und Kommunalverwaltung für die Interessen, Anforderungen und Fähigkeiten der vielfältigen, mobilen, digitalen und zunehmend globalisierten Gesellschaft in den Gemeinden, Städten und Kreisen.

Im Zentrum der Definition steht der Begriff *Öffnung*. Das substantivierte Verb macht deutlich, dass kommunales Open Government als Aktivität – hier als aktiv gestaltete und als Prozess verstandene Veränderung – verstanden wird. Gleichzeitig ist das Ziel benannt: Es geht darum, in den Kommunen ein höheres Maß an Offenheit für die Gesellschaft vor Ort zu etablieren.

Dieser Anspruch ist umfassend. Er beschreibt eine Kultur der Sensibilität für die gesellschaftlichen Auftraggeber von Lokalpolitik und Kommunalverwaltung, eine Praxis konsequenter Transparenz und umfassender Zusammenarbeit.

Die Definition verweist zudem auf gesellschaftliche Trends, die dynamische Veränderungen der Lebenswirklichkeit in den Gemeinden, Städten und Kreisen zur Folge haben. In diesem Kontext verändern sich sowohl die Inter-

Open Government begründet also einen umfassenden Reformanspruch, der alle Aspekte des politischen und administrativen Handelns berührt – von grundlegenden Positionsbestimmungen und Kulturfragen bis zur konkreten Ausgestaltung jeder einzelnen administrativen Leistung. Dieser Veränderungsprozess gewinnt durch die rasche Digitalisierung aller Bereiche der Gesellschaft eine neue Dynamik: Neue Akteure können gewonnen, neue Kommunikationswege und Arbeitsweisen für eine offene und partnerschaftliche Lösung kommunaler Aufgaben erschlossen werden.

essen der Menschen in den Kommunen als auch ihre Anforderungen an die Arbeitsweise kommunaler Politik und Verwaltungen. Gleichzeitig können viele Entwicklungen vor Ort ohne die systematische Mitwirkung der lokalen Gesellschaft nicht mehr erfolgreich bewältigt werden. Politik und Verwaltung sind mehr und mehr darauf angewiesen, die Sachkompetenz und das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern im Umgang mit zunehmend komplexen Herausforderungen in Anspruch zu nehmen. Sie sind gleichzeitig gefordert, gesellschaftliche Konflikte produktiv, d.h. gemeinsam mit den verschiedenen Interessengruppen vor Ort, zu bearbeiten.

Open Government bedingt also eine Neugestaltung des Verhältnisses von lokaler Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Der Begriff der kommunalen Selbstverwaltung erhält damit einen veränderten Fokus: Selbstverwaltung wird als gemeinsame Gestaltungsaufgabe der Einwohnerinnen und Einwohner sowie ihrer politischen Vertretungen und administrativen Dienstleister verstanden.

Open Government setzt die Bereitschaft und Fähigkeit zur Veränderung voraus. Die von den Modellkommunen erarbeitete Definition benennt zwei zentrale Qualitätsanforderungen an den Veränderungsprozess: Um tatsächlich gesellschaftliche Wirkungen zu erreichen und diese nachhaltig in der Praxis vor Ort zu verankern, müssen die Verantwortlichen in Lokalpolitik und Kommunalverwaltung die Öffnung für die gesellschaftlichen Anspruchsgruppen bewusst und systematisch gestalten.

## Was bedeutet Offenheit im kommunalen Handeln?

---

Open Government zielt also auf *Offenheit* im Verhältnis der gesellschaftlichen Akteure untereinander. Was bedeutet dies in der politischen und administrativen Praxis der Gemeinden, Städte und Kreise konkret? Aus welchen Per-

spektiven kann Offenheit betrachtet werden? Welche Handlungsfelder ergeben sich aus dieser zunächst abstrakten Zielsetzung?

Im Diskurs der Open Government Modellkommunen sind bislang folgende Perspektiven von Offenheit identifiziert worden:

- Offenheit für das umfassende Informationsbedürfnis der Gesellschaft zu kommunalen Zielen, Entscheidungen und Aktivitäten (Transparenz)
- Offenheit für den Dialog mit gesellschaftlichen Anspruchsgruppen in der demokratischen Meinungsbildung zu kommunalen Themen, in kommunalen Entscheidungen und bei der Umsetzung kommunaler Aufgaben (Partizipation);
- Offenheit für Impulse aus der Gesellschaft, um kommunale Themen zu setzen und Aktivitäten auszulösen (kooperative Agendasetzung);
- Offenheit dafür, die Fähigkeiten und Kompetenzen der Gesellschaft in die Vorbereitung und Umsetzung kommunaler Aufgaben und Innovationen einzubeziehen (Kooperation);
- Offenheit für neue Antworten auf kommunale Fragestellungen und Aufgaben (Ergebnisoffenheit und Innovation);
- Offenheit für neue Verfahrensweisen und Kommunikationswege in der Gestaltung und Umsetzung kommunaler Aufgaben (Prozessoffenheit);
- Offenheit beim Einsatz von Informationstechnik, insbesondere...
  - Sichern von Interoperabilität zwischen öffentlichen IT-Systemen,
  - Verwenden offener Standards, offener Schnittstellen, offener Software, offener Hardware etc.,
  - Bereitstellen offener Daten,
  - Öffnen technologischer Entwicklungen und Betriebsszenarien für kooperative Ansätze unter Einbeziehung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft;
- Offenheit für die Mitwirkung der Beschäftigten in den Kommunalverwaltungen an den Veränderungsprozessen in kommunalen Organisationen (interne Partizipation).

Die beispielhafte Aufzählung macht deutlich: Der Anspruch einer in diesem Sinne offenen Kommune berührt sowohl das Selbstverständnis und die Kultur von Politik und Verwaltung als auch ihre Strukturen und Arbeitsweisen.

## Welche Wirkungen können von kommunalem Open Government erwartet werden?

Noch sind die Wirkungen einer bewussten und systematischen Öffnung der Kommunen für die gesellschaftlichen Anspruchsgruppen kaum untersucht worden. Lediglich in Teilbereichen liegen erste Beobachtungen vor – etwa zur Nutzung offener Daten.

Die Erwartungen an Open Government konzentrieren sich auf vier Wirkungsperspektiven:

Erstens werden Verbesserungen der Ergebnisqualität kommunaler Leistungen erwartet: In offenen Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen zwischen den gesellschaftlichen Akteuren können relevante Aufgaben besser identifiziert und in höherem Maß anforderungsgerecht umgesetzt werden. Kommunales Handeln und dessen Ergebnisse finden breitere Akzeptanz und erzielen damit nachhaltigere Wirkungen.

Zweitens sind positive Effekte auf die Dienstleistungsqualität und Wirtschaftlichkeit der kommunalen Leistungserbringung wahrscheinlich: Hemmnisse und Konflikte können in einer offenen Beziehung zwischen Lokalpolitik, Kommunalverwaltung und lokaler Gesellschaft leichter überwunden und damit aufwändige oder gar scheiternde Entwicklungen vermieden werden.

Drittens wird Offenheit als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung der Leistungsfähigkeit von Lokalpolitik und Kommunalverwaltung betrachtet: Offene Strukturen und Arbeitsweisen sensibilisieren für gesellschaftliche Entwicklungen, zeigen Problemstellungen auf, machen politischen und administrativen Handlungsbedarf deutlich und fördern die Umsetzung von Veränderungen. Sie sind unumgänglich, um neue und innovative Lösungen zu finden.

Viertens zeigt die kommunale Praxis, dass Open Government die Entwicklung einer leistungsfähigen Demokratie in den Gemeinden, Städten und Kreisen fördert: Transparenz stellt eine wesentliche Voraussetzung für demokratische Meinungsbildung dar. Partizipation und Kooperation ermöglichen demokratische Mitbestimmung und Mitgestaltung.

## Das Modellprojekt

---

Ziel des Modellprojekts ist es, die Praktikabilität und Effektivität von Open Government auf kommunaler Ebene aufzuzeigen. Insgesamt neun Modellkommunen konzipieren dazu jeweils mehrere Modellprojekte und setzen sie im Projektverlauf um. Auf der Basis der so gewonnenen Erfahrungen soll ein praktischer Leitfaden erarbeitet werden,

## Die Modellkommunen und ihre Projekte

---

Die im Ergebnis eines bundesweiten Teilnahmewettbewerbs bestimmten Modellkommunen repräsentieren unterschiedliche Arten von Gebietskörperschaften aus insgesamt sechs Bundesländern. Sie setzen engagierte Modellprojekte in einem breiten Spektrum kommunaler Aufgabenstellungen um, die verschiedene Perspektiven von Open Government aufgreifen.

### Stadt Bonn

Im Fokus der Modellprojekte steht die Öffnung kommunaler Informationssysteme für die Stadtgesellschaft. So werden standardisierte Open Data Schnittstellen für das städtische Content Management System sowie das Ratsinformationssystem realisiert.

### Stadt Brandis

Im Selbstverständnis einer »Mit-Mach-Stadt« werden kommunale Beteiligungsstrukturen vertieft und Standards für die dazu notwendigen Abläufe erarbeitet. Die Ergebnisse münden einerseits in einen Leitbildprozess der Stadtverwaltung, andererseits in konkrete Vorhaben einer partizipativen Innenstadtentwicklung.

### Stadt Köln

In einem kollaborativen Prozess entsteht ein städtisches Service-Portal, das auf innovative Transparenzfunktionen und auf die standardisierte Bereitstellung offener Daten ausgerichtet ist. In einem weiteren Projekt wird ein zivilgesellschaftliches Sensornetz aufgebaut, um in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft das Portfolio an öffentlich nutzbaren Umweltdaten zu erweitern.

### Landkreis Marburg-Biedenkopf

Zwei kreisweite Entwicklungsprojekte werden genutzt, um musterhaft offene Vorgehensweisen zur partizipativen und kooperativen Lösung komplexer regionaler Aufgabenstellungen zu erproben. Dabei entstehen ein Informationssystem im Bereich der Gesundheitsförderung sowie ein auf

der kommunales Open Government in der Bundesrepublik Deutschland motiviert und dessen Umsetzung praktisch unterstützt.

Das Modellprojekt startete im Herbst 2017 und wird nach zweijähriger Laufzeit im Herbst 2019 beendet sein.

nachhaltige Energiewirtschaft und Umweltschutz ausgerichtetes Heckenmanagement.

### Gemeinde Merzenich

Im Mittelpunkt der Modellprojekte steht die Förderung von Transparenz und Bürgerbeteiligung. Dazu werden mehrere Online-Portale zu Haushaltsdaten, Gremieninformationen, Umwelt- und Geodaten implementiert. Per kommunaler App und Beteiligungsportal soll bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden.

### Stadt Moers

Städtische Einrichtungen und bürgerschaftliche Initiativen kooperieren beim Aufbau und Betrieb eines *Hackerspace* als digitalem Kreativort zur Förderung technologischer und gesellschaftlicher Innovation.

### Stadt Oldenburg

Im Fokus steht die Strategieentwicklung in mehreren Handlungsfeldern des Open Government – so zu Open Data, Kollaboration, Partizipation und Wissensmanagement. Parallel werden IT-Plattformen zur Unterstützung dieser Aufgabenbereiche implementiert.

### Landkreis Saalekreis

Mit dem Projekt *Kulturschatz Merseburg* werden Methoden einer partizipativen Regionalentwicklung erprobt. Der Aufbau eines Government Content Management Systems fokussiert auf offene Daten und die effiziente Integration der Verwaltungskunden in kommunale Leistungsprozesse.

### Stadt Tengen

In mehreren Projekten werden die Kommunikation und die Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft ausgebaut und dazu sowohl persönliche Dialogformate als auch digitale Infrastrukturen entwickelt. Die Erfahrungen finden Eingang in einem städtischen Leitbildprozess.